



DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

7828/2-Pr 1/1997

XX. GP.-NR

12/ABM

1998 -01- 20

zu 178 IM

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Wien

zur Zahl 178/M

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Harald Ofner hat zur Zahl 178/M gemäß § 94 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 folgende mündliche Anfrage an mich gestellt:

"Wie hoch ist der Prozentsatz an Ausländern unter den Untersuchungshäftlingen in Österreich?"

Da diese Anfrage in der Fragestunde vom 12. Dezember 1997 nicht mehr zum Aufruf gekommen ist, beantworte ich sie nach Rücksprache mit dem Herrn Parlamentsdirektor in schriftlicher Form:

Am 1. September 1997 hat der Anteil der Ausländer an allen in Untersuchungshaft angehaltenen Personen 43,4 % betragen.

Der Anteil der Tatverdächtigen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft, die in Untersuchungshaft genommen und angehalten werden, ist deutlich höher als bei Tatverdächtigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Dazu ist jedoch festzuhalten, daß die durchschnittliche Kriminalitätsbelastung der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich nicht höher liegt als die Kriminalitätsrate der österreichischen Staatsbürger.

Der hohe Anteil an nichtösterreichischen Untersuchungshäftlingen ist insbesondere auf die gestiegene Mobilität und die offenen Grenzen zurückzuführen. Bei Tatverdächtigen ohne festen Wohnsitz in Österreich wird von den Strafverfolgungsbehörden naturgemäß der Haftgrund der Fluchtgefahr erheblich häufiger angenommen, als bei der Wohnbevölkerung. Dennoch liegt die Gesamtzahl der Untersuchungshäftlinge seit dem 1. Jänner 1994 (Inkrafttreten der Haftreform) ständig und deutlich unter dem Durchschnitt früherer Jahre.

Um die Praxis der Untersuchungshaft nach der Reform durch das Strafprozeßänderungsgesetz 1993 genauer zu erheben, führt das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie mit Unterstützung der Justizverwaltung derzeit bei mehreren Landesgerichten eine (auf das Jahr 1996 bezogene) empirische Erhebung und sozialwissenschaftliche Untersuchung durch, die sich im besonderen auch mit der Frage der Haftverhängung und -aufrechterhaltung bei ausländischen Staatsbürgern befaßt.

19. Jänner 1998

